

Bürger angeblich nicht über genug Sachkunde verfügt, wird seine Rolle in der politischen Willensbildung heruntergespielt. „Ob allerdings die einfachen Strukturen basisdemokratischer Organisation ausreichen, um die Komplexität politischer Problemstellungen in einer modernen Industriegesellschaft in rationelle Entscheidungen zu transformieren, darf bezweifelt werden.“⁴⁷ Diese antidemokratische Stoßrichtung der technokratischen Konzeption ist für die heutige bürgerliche Verwaltungsrechtswissenschaft charakteristisch.

Die in keiner Verfassung eines kapitalistischen Staates auch nur erwähnten staatsmonopolistischen Machtstrukturen üben einen immer größeren Einfluß auf die tatsächlichen Entscheidungsfindungen - im imperialistischen Staat aus. Die Monopolverbände unterhalten faktisch einen Mechanismus des Zusammenwirkens mit dem zentralen Staatsapparat und dem Parlament, um die Regierungspolitik und die Gesetzgebung direkt zu beeinflussen. So werden nahezu alle Gesetzesvorlagen für den Bundestag der BRD mit wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wichtigem Inhalt bis ins Detail zwischen Monopolverbänden und Ministerialbürokratie ausgehandelt. Hinzu kommt, daß gerade auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts ein wucherndes Gestrüpp von Rechtsvorschriften besteht, das der einzelne - wie im Steuer- oder im Baurecht - schwer überblicken kann. In den Beziehungen zwischen Verwaltungsorganen und Gerichtsorganen überwiegt die gerichtliche Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen, wie das besonders deutlich in der Verwaltungsgerichtsbarkeit zum Ausdruck kommt.

Schließlich vollzieht sich im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus eine weitere Aufblähung des Staatsapparates, sowohl in struktureller als auch in personeller Hinsicht.⁴⁸ Zur Sicherung der Profitinteressen des Monopolkapitals erweitert der Staatsapparat seine ökonomische Funktion, wie das die Maßnahmen zur Ausweitung der Wirtschaftsregulierung, zur Bestimmung der Richtung und des Umfangs für Kapitalanlagen, zur Beeinflussung der Außenhandelsbeziehungen und zur Währungspolitik zeigen. Auf sozialem Gebiet wird versucht, durch Sozialabbau die Lasten der kapitalistischen Krise und der Hochrüstung mehr und mehr auf das Volk abzuwälzen. Am augenscheinlichsten aber zeigt sich die verstärkte Rolle des Staatsapparates im

Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates und in den Angriffen auf demokratische und soziale Rechte der Werktätigen, mit denen das Monopolkapital auf die wachsenden Schwierigkeiten seiner Herrschaft reagiert.

Aufgabe der marxistisch-leninistischen Verwaltungsrechtswissenschaft ist es, die Funktionen des bürgerlichen Verwaltungsrechts und die Auswirkungen der Krisensituation des Imperialismus auf die verwaltungsrechtlichen Institute nachzuweisen und anti-kommunistischen Angriffen auf die sozialistische Staats- und Rechtsordnung in der DDR konsequent entgegenzutreten. *

47 M. Müller, „Bürgerinitiativen in der politischen Willensbildung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 11/83, März 1983, S. 39.

48 Vgl. Das politische System der BRD - Geschichte und Gegenwart Berlin 1985, insbes. S. 135ff.; K.-H. Röder, „Demokratieabbau in der Welt des Kapitals“, Einheit, 1984/4, S. 364ff.